

Der Ausländerbeirat hat in seiner Sitzung am 16.09.2009 folgende Anregung an den Rat beschlossen

„Resolution gegen die Abschiebung der Roma in das Kosovo

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Der Rat der Stadt Münster nimmt zur Kenntnis, dass aufgrund der neuen Verhältnisse auf dem Balkan und die Entstehung der Republik Kosovo nun etwa 300 Menschen, die Hälfte davon Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, dorthin ausreisen und mit der zwangsweisen Rückführung rechnen müssen.

Angesichts der bisher allgemein anerkannten Unmöglichkeit der Rückkehr von Roma in die im Kosovo für sie unmenschlichen Bedingungen, der Bestätigung dieser Verhältnisse auch durch die UNO ist nicht nachzuvollziehen, warum sich die Bedingungen für diese Minderheit allein aufgrund eines Rückübernahmeabkommens von einem Tag auf den anderen verbessert haben sollen. Es ist daher nicht verständlich, dass bisher Abschiebungen aus Deutschland mit Rücksicht darauf unterlassen wurden, nun aber unmittelbar bevorstehen. (siehe auch offener Brief an die Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel vom 20.08.2009)

Die Rückkehr in den jungen Staat mit hoher Arbeitslosigkeit stellt vor allem für die betroffenen Kinder und Jugendliche ein Problem dar. Sie kennen die Heimat der Eltern nicht, werden ungewissen sozialen und wirtschaftlichen Strukturen ausgesetzt und haben trotz der mitgebrachten Schulbildung keine Ausbildungs- und Berufschancen. Selbst wenn es den Personen hier noch nicht gelungen ist, sich vollständig in das Stadtleben zu integrieren, stellt eine Rückkehr eine so große Härte dar, dass es die Menschlichkeit gebietet, davon Abstand zu nehmen. Auch die historische Verantwortung gegenüber den Roma rechtfertigt, für diese Menschen eine Amnestie zu erlassen und ihnen ein dauerhaftes Bleiberecht einzuräumen. Dann werden Integrationshilfen angenommen und Erfolg haben. So können zumindest die Jugendlichen und Kinder

erfolgreich in Arbeit vermittelt werden, langfristig von öffentlichen Leistungen unabhängig werden und letztlich so ihren Beitrag zur Versorgung ihrer Eltern leisten.

1. *Der Rat der Stadt Münster fordert daher den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen auf, sein Recht aus § 60 a des Aufenthaltsgesetzes wahrzunehmen und die Abschiebung für Angehörige der Roma in die Republik Kosovo ab sofort für die Dauer von 6 Monaten auszusetzen.*

2. Der Rat der Stadt Münster fordert daher die zuständigen Gremien und Mandatsträger auf, *in einem weiteren Schritt* durch Verordnung bzw. Gesetz den jetzt noch hier lebenden Angehörigen der Roma mit Herkunft aus der heutigen Republik Kosovo ein dauerhaftes Bleiberecht *unter realistischen Bedingungen* zu gewähren.

3. Zugleich erinnert der Rat an seine einstimmig verabschiedete Resolution vom 11.02.2009, mit der er eine erhebliche Verbesserung der Altfallregelung eingefordert hat. Diese Forderungen sind inzwischen auch durch zahlreiche andere Kommunalparlamente erhoben worden und dürfen nicht aufgrund der anstehenden Wahltermine auf die lange Bank geschoben werden, weil sonst zahlreiche Menschen ab dem 01.01.2010 in den Duldungsstatus zurückfallen.“